

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bilay (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

Einsatz von "Stillen SMS" in Thüringen - 2022

Zur Ortsermittlung einzelner Personen setzen Sicherheitsbehörden Ortungsimpulse, sogenannte Stille SMS, ein. Dazu werden für den Empfänger nicht wahrnehmbare Signale an ein Mobilfunkgerät gesendet, ohne dass dies sichtbare Aktivitäten auslöst. Durch den Ortungsimpuls wird aber eine aktuelle Meldung über die Funkzelle, in der sich das Mobilfunkgerät befindet, versandt. Bereits in den Drucksachen 6/7601, 7/2171, 7/3009 und 7/6074 nahm die Landesregierung dazu Stellung.

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die **Kleine Anfrage 7/4309** vom 23. Januar 2023 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 30. März 2023 beantwortet:

1. Welche Behörden im Freistaat Thüringen sind derzeit technisch und rechtlich in der Lage, an Mobiltelefone sogenannte "Stille SMS" zur Ermittlung des Standorts oder zur Erstellung von Bewegungsprofilen zu verschicken?

Antwort:

Derzeit sind das Landeskriminalamt Thüringen sowie das Amt für Verfassungsschutz technisch und rechtlich in der Lage, "Stille SMS" an Mobiltelefone zu versenden.

2. Wie viele "Stille SMS" wurden durch die Polizei in Thüringen auf welcher Grundlage des Polizeiaufgabengesetzes und auf Grundlage der Strafprozessordnung im Jahr 2022 jeweils versandt?

Antwort:

Im Jahr 2022 wurden 23.427 "Stille SMS" auf der Rechtsgrundlage von § 100i Abs. 1 Nr. 2 der Strafprozessordnung (StPO) versandt.

3. Wie viele "Stille SMS" wurden durch das Amt für Verfassungsschutz Thüringen im Jahr 2022 aufgrund welcher Rechtsgrundlage versandt (bitte um Darstellung nach Anzahl "Stiller SMS" und Anzahl Betroffener sowie abweichend zu den Vorjahren bitte konkrete Bezugnahme zu Absatz und Nummer der Rechtsgrundlage, zum Beispiel § 3 Abs. 1 Nr. 3 G 10)?

Antwort:

Im Jahr 2022 versandte das Amt für Verfassungsschutz 74 "Stille SMS" an einen Betroffenen. Der Einsatz erfolgte ausschließlich im Rahmen einer angeordneten Beschränkungsmaßnahme gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6a des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) i. V. m. §§ 129a, 129b StGB sowie nach Maßgabe der §§ 9 und 10 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) in Verbindung mit §§ 1 und 3 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes.

4. An wie viele Betroffene wurden im Jahr 2022 "Stille SMS" im Rahmen von wie vielen Ermittlungsverfahren jeweils versandt?

Antwort:

Durch die Thüringer Polizei wurden im Jahr 2022 in 107 Ermittlungsverfahren "Stille SMS" an 209 Betroffene versandt. Dabei kann eine Person aufgrund der Nutzung mehrerer Telefonnummern mehrfach erfasst sein.

5. Welche Delikte stellen den häufigsten Grund für den Einsatz des Instruments "Stille SMS" im Ermittlungsverfahren dar?

Antwort:

"Stille SMS" kamen überwiegend bei Delikten aus dem Bereich der Rauschgiftkriminalität zum Einsatz.

6. Wie viele richterliche Anordnungen für "Stille SMS" wurden im Jahr 2022 durch Thüringer Gerichte ausgesprochen?

- a) Wie viele dieser Anordnungen auf Anwendung "Stiller SMS" wurden von der Staatsanwaltschaft ausgesprochen und erst später von einem Gericht bestätigt oder verworfen oder sind wegen Nichtbestätigung außer Kraft getreten?
- b) Wie viele dieser Anordnungen auf Anwendung "Stiller SMS" wurden wie oft für wie lange von einem Gericht verlängert?
- c) Wie viele Anträge über Anordnung auf Anwendung "Stiller SMS" wurden aus welchen Gründen von einem Gericht abgelehnt?

Antwort:

Der Landesregierung liegen keine statistischen Angaben im Sinne der Fragestellung vor. Die Strafprozessordnung sieht mit § 101b StPO, anders als zur Telekommunikationsüberwachung (§ 100a StPO), Online-Durchsuchung (§ 100b StPO), akustischer Wohnraumüberwachung (§ 100c StPO), Erhebung von Verkehrsdaten (§ 100g StPO) und Erhebung von Nutzungsdaten bei Telemediendiensten (§ 100k StPO), eine Statistik zu technischen Ermittlungsmaßnahmen bei Mobilfunkendgeräten (§ 100i StPO) nicht vor.

Bei den unter Frage 2 genannten "Stillen SMS" lagen jeweils richterliche Anordnungen vor. In einem Fall wurde von einer Staatsanwaltschaft eine Anordnung zum Versenden einer "stillen SMS" ausgesprochen und erst später vor Gericht bestätigt.

Insgesamt 39 Anordnungen zur Versendung "Stiller SMS" auf Grundlage des § 100i Abs. 1 Nr. 2 StPO wurden im Jahr 2022 einmal verlängert, davon sechs Anordnungen für einen Monat, sechs für zwei Monate und 27 für drei Monate. Lediglich sieben Anordnungen wurden zweimal verlängert, davon zwei Anordnungen für je einen Monat und fünf Anordnungen für die Dauer von je drei Monaten. Drei TKÜ-Maßnahmen zur Versendung "Stiller SMS" wurden dreimal verlängert, für je drei Monate.

7. In wie vielen Fällen erfolgte im Jahr 2022 eine Benachrichtigung der Betroffenen von "Stillen SMS" durch Thüringer Sicherheits- beziehungsweise Strafverfolgungsbehörden ?

Antwort:

Der Landesregierung liegen keine statistischen Angaben im Sinne der Fragestellung vor. Soweit "Stille SMS" im Zuge von Beschränkungsmaßnahmen auf Grundlage des § 3 G 10 versandt werden, ist eine separate Benachrichtigung gesetzlich nicht vorgesehen. Betroffene erhalten aber nach Maßgabe des § 12 G 10 eine Mitteilung über die Beschränkungsmaßnahme. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

8. Welche Kosten sind nach Kenntnis der Landesregierung im Jahr 2022 mit dem Versand "Stiller SMS" jeweils bei der Thüringer Polizei sowie dem Amt für Verfassungsschutz Thüringen entstanden?

Antwort:

Der Thüringer Polizei entstanden für den Versand "Stiller SMS" im Jahr 2022 Kosten in Höhe von 20.505,04 Euro (brutto). Dem Amt für Verfassungsschutz sind im gleichen Zeitraum Kosten in Höhe von 3.706,52 Euro (brutto) entstanden. Hierbei handelt es sich jeweils um Vertragskosten. Personalkosten und Kosten zum Betrieb der Anlage (zum Beispiel Stromkosten) bleiben unberücksichtigt.

9. In welchen Phänomenbereichen kam die "Stille SMS" in den Jahren 2021 sowie 2022 schwerpunktmäßig zur Anwendung?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

10. Erfolgte der Einsatz von "Stillen SMS" beim Amt für Verfassungsschutz auch in den Quartalen 2, 3 und 4 des Jahres 2022?

Antwort:

Der Einsatz von "Stillen SMS" im Sinne der Fragestellung betraf das vierte Quartal.

11. Welche Sofortmaßnahmen wurden seitens des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales beziehungsweise des Amts für Verfassungsschutz Thüringen anlässlich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. April 2022 (1 BvR 1619/17) unabhängig von etwaigen gesetzlichen Novellierungsbedarfen oder Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe konkret für die formellen Erfordernisse des Einsatzes der "Stillen SMS" beim Amt für Verfassungsschutz in Thüringen und der praktischen Umsetzung bei der Durchführung getroffen?

Antwort:

Das Amt für Verfassungsschutz verwendet "Stille SMS" ausschließlich im Rahmen der Beschränkungsmaßnahmen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Briefs-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G-10). Auf Grund der sehr hohen rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung solcher Beschränkungsmaßnahmen waren Sofortmaßnahmen anlässlich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. April 2022 (1 BvR 1619/17) in Bezug auf den Einsatz "Stiller SMS" obsolet. Die Voraussetzungen des Artikel 10-Gesetzes entsprechen den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts.

Maier
Minister